

Danziger Zeitung.

Nr. 18337.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend u. b. Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Potsdam, 13. Juni. (W. Z.) Gestern Abend 9¼ Uhr fand in dem feenhaft erleuchteten Muschelsaale des Neuen Palais zu Ehren des Kronprinzen von Italien eine musikalische Abendunterhaltung statt. Die Kaiserin, von dem Kronprinzen von Italien geführt, nahm an einem in dem Vordergrunde aufgestellten Tische zwischen dem Kronprinzen und dem Prinzen Ruprecht von Bayern Platz. Der Kronprinz saß rechts von der Kaiserin. Der Kaiser trug die Uniform des 1. Garde-Regiments zu Fuß. Nach Schluß des Concerts wurde der Thee eingenommen.

Berlin, 13. Juni. (Privattelegramm.) Nach der „Kreuzzeitung“ geht aus dem Berichte der Matrikel-Commission des Herrenhauses hervor, daß v. Forckenbeck's Wiederwahl zum Oberbürgermeister von Berlin bereits die königliche Bestätigung erhalten hat.

München, 13. Juni. (Privattelegramm.) In Folge einer taktvollen Intervention des neuen Kultusministers hat Professor Nupbaum in seine Pensionierung wegen Taubheit, Augenschwäche, sowie Lähmung und Atrophie der linken Hand gewilligt; er behält aber seine operative Thätigkeit bei.

Lemberg, 13. Juni. (Privattelegramm.) In dem litauischen, zumeist von Juden bewohnten Städtchen Kohojak fanden antisemitische Tumulte statt. Bauernmassen stürmten die jüdischen Kaufhäuser; viele Juden wurden verwundet.

Rom, 13. Juni. (Privattelegramm.) In Parlaamentskreisen wird das Gerücht bestätigt, daß Ende Juli eine Entrevue zwischen v. Caprivi, Graf Ratinow und Crispi stattfinden soll.

Belgrad, 13. Juni. (Privattelegramm.) Die Aufregung wächst, da heute neuerdings in Semlin zwei mit Schweinen beladene Schiffe zurückgewiesen worden sind.

Arad, 13. Juni. (Privattelegramm.) Die Stadt D. so ist teilweise niedergebrannt; das Kloster, sowie das berühmte Schloß Sobieskys sind unversehrt geblieben.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Juni.

Gegen die Erhöhung der Offiziersgehälter macht sich in immer weiteren Kreisen ein entschiedener Widerspruch geltend. Der Centrumsführer hat gestern in der Militärcommission ausdrücklich erklärt, hierfür keinen Groschen übrig zu haben. Auch in der sonst so überaus militärfreundlichen konservativen Partei wird man aufjäh, indem, wie heute früh mitgeteilt, das „Deutsche Wochenblatt“ des freiconservativen Abg. Arendt die Vorlage für einen schweren politischen Fehler erklärt und ihre Ablehnung mit erdrückender Mehrheit in Aussicht stellt. Selbst das offizielle Organ der konservativen Partei, die „Cons. Correspondenz“, plädiert wenigstens für Ablehnung der Gehaltserhöhungen für alle über den Hauptleuten zweiter Klasse stehenden Offiziere. Und es ist kein Wunder, wenn die Abneigung gegen die Vorlage selbst bei den Cartellparteien zunimmt. Die Aufregung, die sich der Beamtenwelt durch diese Bevorzugung des Offiziersstandes bemächtigt hat, kann nicht ungehört verfallen.

Die Lage anderer Beamtenklassen, beispielsweise des höheren Lehramtes, ist nicht minder traurig, als die Verhältnisse der Richter. In der That — schreibt die „Bos. Ztg.“ auf Grund ihr zugegangener Zuschriften, die ähnlichen Inhalts sind, wie der von uns neulich an leitender Stelle wiedergegebene Klageruf eines westpreussischen Lehrers — ist nicht zu leugnen, daß die Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten ein gutes Recht haben, sich über Vernachlässigung zu beklagen. Nach den Anforderungen der Wissenschaft und der Prüfungsordnung muß der Philologe, Historiker, Mathematiker acht Semester studieren, um ein Oberlehrerzeugniß zu erhalten. Etwa ein Jahr ist auf die Prüfung zu rechnen, zumal der Eintritt in die pädagogische Beschäftigung nur am 1. April oder 1. Oktober erfolgt. Die Vorbereitungszeit ist nach den neuesten Bestimmungen auf zwei Jahre verlängert worden, so daß der Lehrer erst sieben Jahre, nachdem er das Gymnasium verlassen hat, anstellungsfähig wird. Wann aber die wirkliche Anstellung eintritt, hängt von Angebot und Nachfrage ab. Durchschnittlich darf man heute annehmen, daß der Lehrer nach Erlangung seiner Anstellungsfähigkeit noch vier bis fünf Jahre zu warten hat, ehe er Gehalt bekommt. Viele Lehrer sind gezwungen, um überhaupt eine Beschäftigung zu haben, an Volksschulen zu unterrichten. Andere suchen ein kärgliches Brod als Hauslehrer und Erzieher in Familien. Dabei erhalten die Lehrer schließlich nur achtzehnhundert Mark Anfangsgehalt. In einer Zeit, in welcher ihre Altersgenossen als Offiziere bereits Hauptleute sind, erhalten die Lehrer noch nicht die Hälfte des Einkommens derselben, und wenn die Offiziere sich mit guter Pension in den Ruhestand zurückziehen können, haben gleichaltige Philologen oft kaum ein Gehalt, welches zur Ernährung von Frau und Kind nothwendig hinreicht, während ihnen eine Pension, wie sie der gleichaltige Offizier bezieht, erst an der Schwelle

des Greisenalters winkt, nachdem sie ihre Lebenskraft in aufreibender Arbeit nahezu erschöpft haben.

Aber nicht nur die wissenschaftlich gebildeten Lehrer haben sich über die Bevorzugung der Offiziere zu beklagen. Nur zu viele andere Beamtenklassen, welche geduldig schweigen, fühlen darum die Ungerechtigkeit nicht minder. Wir brauchen nicht zu erwähnen, daß in dem preussischen Geseze, welches die Beamtengehälter aufbessert, die Richter wie die Lehrer gänzlich übergangen sind. Man muß abwarten, ob angesichts dieser Thatfachen irgend welche Parteien im Reichstage wagen werden, der vom Reichstage gar nicht angeregten Erhöhung der Offiziersgehälter zuzustimmen. Man darf insbesondere begierig sein zu erfahren, ob die Reichsregierung die Erhöhung der Beamtengehälter mit der Erhöhung der Offiziersgehälter untrennbar zu verknüpfen beabsichtigt. Im Volke wird man allenthalben der Meinung sein, daß die Aufbesserung der Stellung von zahlreichen Beamtenklassen, welche bei den neuesten Maßregeln übergangen sind, weit dringender ist als neue Zumdungen an die ohnehin mannigfach begünstigten Offiziere. Darum — fort mit diesem Theile der Vorlage.

Das Centrum und die Militärvorlage.

Wenn die Absicht, die Berathung der Militärvorlage in der Commission schon gestern zum Abschluß zu bringen, nicht zur Ausführung gelangt ist, so ist das lediglich auf taktische Bedürfnisse des Herrn Windthorst zurückzuführen, der seinen süddeutschen Freunden, den Herren Driener u. Gen. Zeit lassen will, noch einmal zu erwägen, ob sie auch ohne sofortige Zugeständnisse der Regierung in der Frage der Compensationen der Vorlage ihre Zustimmung geben können. Die Abstimmung über die neuen Formationen in § 2 der Vorlage hat klargestellt, daß das Centrum der Vorlage gegenüber aus drei Gruppen besteht: Frhr. v. Suene und die Herren Barone des Centrums sind gewillt, das Gesez bedingungslos zu votiren; die Herren Driener und Gen. sind bereit, das Gesez anzunehmen, wenn die Regierung Compensationen gewährt; die dritte, speciell Windthorst'sche Gruppe macht die Annahme des Gesezes von der Annahme der Windthorst'schen Resolution abhängig, welche die Compensationenfrage bis zu der Einbringung weiterer Militärvorlagen verlagert, obgleich die Resolution sich in ihrem ersten Theile principiell gegen weitere Vorlagen erklärt. Für das Zustandekommen des Gesezes ist das Bortum der Driener'schen Gruppe, die angeblich 30 Mitglieder zählt, ziemlich gleichgültig. Sollte die Majorität fraglich werden, so könnte man sich ja schließlich damit helfen, daß ein Theil der Gegner bei der Abstimmung nicht anwesend ist.

Wenn gleichwohl Herr Windthorst die n. Partei gegen einen Aufschub gewähren will, so hat das, schreibt uns dazu unser Berliner Correspondent, seinen Grund offenbar in parteiaktigen Erwägungen. Windthorst möchte eine Spaltung der Partei unter allen Umständen vermeiden. Um den Widerstand zu brechen, erging sich Herr Windthorst in Prophezeiungen: Er fürchtet eine Auflösung des Reichstages nicht, weil auch er der Ansicht ist, daß die Neuwahlen unter den obwaltenden Umständen nur dazu dienen können, den Widerstand gegen die Erhöhung der Friedenspräsenz ohne Ermäßigung der persönlichen Lasten der Dienstpflichtigen zu verstärken. Aber der Centrumsführer sieht voraus, daß die Regierung sich auch bei einem solchen Ergebnisse der Neuwahlen nicht beruhigen werde. Was dann geschehen würde, ist so schlimm, daß der Centrumsführer das Kind gar nicht beim Namen zu nennen wagt. Es bleibt jedem überlassen, sich dieses Zukunftsbild möglichst düster auszumalen. Die deutschkonservative „Nordb. Allg. Zeitung“ moquirt sich über diese Prophezeiungen, aber sie scheint dabei der rechten Führung mit der Regierung zu entbehren. Der Kriegsminister v. Bredow wenigstens erörterte unter Ablehnung an die Rede des Fürsten Bismarck bei der Militärbefehle von 1887, daß eigentlich die Vereinbarung über die siebenjährige Bewilligung der Friedenspräsenz bereits das in Art. 63 der Verfassung dem Kaiser zugestandene Recht auf einseitige Feststellung der Präsenzstärke „beschränkt“ habe. Die Reminiscenz ist nicht zutreffend. Bis zum Jahre 1894 ist die Friedenspräsenz im Militärgesez festgestellt. Die Interpretation des Artikels 63 der Verfassung, wie solche der Kriegsminister versuchte, könnte erst in Frage kommen, wenn der Reichstag im Jahre 1894 nach Ablauf des Septennatgesezes, welches jetzt nur bezüglich der Präsenzgröße geändert werden sollte, sich mit der Regierung über eine neue gesetzliche Feststellung der Präsenzgröße nicht verständigen sollte. Jedenfalls wird nächsten Montag auch die erhöhte Friedenspräsenzgröße mit oder ohne Vorbehalt angenommen werden. Der Antrag Richter wegen jährlicher Bewilligung der Friedenspräsenz und der Antrag Richter wegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen vom 1. Oktober 1891 ab werden, wie die Dinge jetzt liegen, wohl sicher abgelehnt und dann bleibt nur die Abstimmung über die Windthorst'sche Resolution übrig. Daß nach Annahme des Gesezes diese Resolution die Unterstützung des ganzen Centrums findet, beweist niemand. Selbst Fr. v. Suene und seine näheren Freunde können das auch bezüglich des Protestes gegen die Durchführung der sogenannten Scharnhorst'schen Idee um so besser, als Freiherr v. Suene sich ja neulich schon gegen diese Zukunftspläne erklärt hat. Die Zustimmung der Freisinnigen haben die Abgg. Richter und Richter gestern schon angekündigt, diejenigen der Volkspartei Herr Payer,

die der Socialdemokraten Herr Liebknecht. Die nahegelegene Taktik, dem Centrum oder wenigstens einem Theile desselben das Gesez durch Ablehnung der Resolution unschmackhaft zu machen, wird also von den Socialdemokraten — und das ist nicht uninteressant — zurückgewiesen, vielleicht weil die Annahme der Resolution auch ohne die Stimmen der Socialdemokraten zu erwarten wäre. Damit scheint die Frage der Compensation bis zu dem Zeitpunkt vertagt zu sein, wo die Regierung eine weitere Erhöhung der Friedenspräsenz fordern wird.

Die Fortsetzung der zweiten Berathung der Colonialvorlage.

die gestern selbstverständlich mit der Bewilligung der 4½ Millionen für Ostafrika durch Conservative, Nationalliberale und Centrum endigte, verlief ohne weitergehendes Interesse. Herr Windthorst untertrifft im Voraus das Bortum des Centrums, um der Regierung eine bessere Behandlung der katholischen Missionare ans Herz zu legen. Der Deutschconservative Dr. Frege und der Nationalliberale Hammacher setzten sich in langer Rede mit den Gegnern der Vorlage Dr. Bamberger, Dohrn, Hausmann u. f. w. auseinander. Der Bundesrathstisch blieb stumm. Ueberraschungen konnte die Verhandlung naturgemäß nicht bringen. Das Schicksal der Vorlage stand ja fest, und was in dem von dem Frhrn. v. Marschall angekündigten neuen colonialpolitischen Programm stehen wird, weiß noch niemand.

Die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken in Baden.

Die badische zweite Kammer verhandelte gestern über die von den Ultramontanen gestellte Interpellation um Aufhebung des Altkatholikengesetzes und Regelung der Rechtsverhältnisse der Altkatholiken als besonderer Kirchengemeinschaft. In Beantwortung der Interpellation erklärte der Kultusminister Nohke, die Regierung sehe in der gegenwärtigen Lage keinen Grund, um ihrerseits eine Aenderung der aus der Initiative der Stände hervorgegangenen gesetzlichen Regelung anzustreben; sie werde bemüht sein, etwaige Schwierigkeiten hinsichtlich des Gebrauchs der Kirchengebäude nach wie vor zu beseitigen.

Die deutsch-englische Vereinbarung in Betreff Ostafrikas.

Auf die an den Unterstaatssecretär Ferguson in der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses gerichtete Anfrage, ob die Mittheilungen eines Londoner Abendblattes über eine erfolgte oder unmittelbar bevorstehende deutsch-englische Vereinbarung über die englische und deutsche Einflußsphäre in Afrika im wesentlichen wahr seien, erklärte er, über diesen Punkt könne gegenwärtig keine Erklärung abgegeben werden. Er sei davon überzeugt, daß Lord Salisbury an seinen Erklärungen festhalten werde; etwas weiteres könne er nicht sagen.

Reichstag.

15. Sitzung vom 12. Juni.

Die Berathung über den vom Abg. Brömel eingebrachten Gesetzentwurf betr. die schließliche Entscheidung von Rechtsfragen in Zollsachen auf dem Rechtswege oder im verwaltungsgerichtlichen Verfahren wird fortgesetzt.

Abg. Goldschmidt (freis.) empfiehlt den Antrag, indem er dabei besonders Bezug nimmt auf die dem Zolltarifgesetz widerstrebende Behandlung, welche Sachbeteiligten und andere Gegenstände seit Jahren erfahren hätten.

Abg. Hammacher (n.-l.) erklärt namens seiner Freunde, daß auch sie die Annahme des Antrages Brömel für ein dringendes Bedürfnis halten. Bei der Zollbehandlung von Einfuhrwaren seien Dinge vorgekommen, die zum Schmelzen schreien. Er empfehle den Antrag nicht nur aus der Sache liegenden Gründen, sondern namentlich auch auf Grund der Erfahrung, daß alle die vielen Beschwerden, die schon hier im Reichstage laut geworden seien, bis jetzt auch noch nicht das Geringste geäußert hätten.

Abg. Rintelen (Centr.): Ich kann mich diesen Ausführungen nur aus vollem Herzen anschließen. Gerade in Bezug auf Rechtsfragen hat sich die jetzige Art der Erlebung von Streitigkeiten als vollständig unzweckmäßig erwiesen.

Abg. Schumacher (Soc.) unterstützt den Antrag durch eine Erfahrung, die er als Lederhändler in Solingen gemacht hat.

In einem Schlussworte macht Abg. Brömel noch besonders aufmerksam auf das Verfahren seitens der Zollbehörde, über welches sich die Dortmund Union zu beklagen habe. Der Reichstag habe wiederholt anerkannt, daß diese Actiengesellschaft einen gerechten Anspruch auf Rückzahlung eines ihr zu Unrecht abgenommenen Betrages an Rohzucker habe. Erhöht erhebe die Dortmund Union diese ihre Forderung noch immer vergeblich. Er stimme dem Abgeordneten Hammacher darin zu, daß solche Dinge geradezu unbegreiflich seien.

Der Antrag Brömel wird gegen die Stimmen der Deutschconservativen und der Reichspartei angenommen. Hierauf wird die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für 1890/91 (Ostafrika) fortgesetzt. Abg. Windthorst: Mein Standpunkt in Bezug auf die Colonialpolitik ist und bleibt der, den der Fürst Bismarck seiner Zeit dargelegt hat, daß wir durch Uebernahme der Hoheit einen Schutz für die Uebernahme der Hoheit und Unternehmer übernehmen, aber keineswegs die Kosten. Hier scheint sich eine staatliche Verwaltung entwickeln zu sollen, deshalb würde ich eine Zurückweisung der Vorlage an die Commission beantragen, wenn nicht der Staatssecretär erklärt hätte, daß in der nächsten Session ein colonialpolitisches Programm vorgelegt werden soll. Außerdem handelt es sich hier nicht um Gelder, die erst später zu verwenden sind, sondern um Bezahlung einer bereits contrahierten Schuld, und ich kann mich der Bezahlung dieser Schuld nicht entziehen. Es wäre vielleicht besser gewesen, sich in Ostafrika auf garnichts einzulassen; aber nachdem das einmal geschehen ist, ist es schwer, sich vollständig davon zurückziehen. Herr

Hausmann will die Cultur in Afrika verbreiten, ohne Geld aufzubringen. Dann wird er dafür sorgen müssen, daß die Missionsthätigkeit befördert wird. Das ist aber nicht möglich, so lange man in Deutschland die Erziehung der Missionare nicht gestattet. Deshalb muß man die letzten Reste des Culturkampfes beseitigen. Die Forderungen, die hier gestellt werden, sind um so bedenklicher, als die Colonialbestrebungen große Ausgaben auch für unsere Marine verursachen. Deutschlands Kraft liegt nicht in der Marine, sondern im Landheer, welches wir möglichst stark machen müssen im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Machtstellung. Deshalb müssen wir die Ausgaben für die Marine möglichst beschränken. Wir haben nicht Menschen und nicht Geld genug, um Flotten zu halten, wie die Frankreichs und Englands; eine defensive Flotte für unsere Küste muß uns genügen.

Abg. v. Frege (cons.): In den Verhandlungen der Commission haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierung jede einzelne Forderung des Majors Wismann genau prüft, und wir daher keinen Grund zu Misstrauen haben. Zudem soll uns ja auch ein festes Programm künftig vorgelegt werden. Ich freue mich, daß recht erhebliche Erfolge auf dem Gebiete der Zurückdrängung des Sklavenhandels und dem der Mission erreicht sind. Wir wollen in demselben Sinne weiter arbeiten und besonders einträchtig die evangelische Mission neben den katholischen Missionaren pflegen. Der Ausfall ist in bewundernswerther Weise niedergelegt worden. Um so mehr wundert es mich, daß der Abg. Goldschmidt, der früher für die Colonialvorlagen gestimmt hat, mit einem Male eine Frontveränderung vorgenommen hat. Sollte das etwa mit der ersehnten Einigkeit innerhalb der deutschfreisinnigen Fraktion zusammenhängen, und sollte etwa Fr. Goldschmidt seine colonialen Kenntnisse den Fraktionsinteressen untergeordnet haben? Wir können nicht mehr aus Ostafrika zurück, wir müssen uns an der Cultivierung Afrikas betheiligen. Afrika ist das einzige noch zu besetzende Land der Erde und wird in Zukunft für uns eine Quelle des Reichthums und von entzückender Bedeutung sein. Noch darf man ja von Afrika keine Vortheile erwarten, sondern muß erst die künftige Entwicklung abwarten. Im englischen Parlament würde eine Aeußerung wie die des Abg. Dohrn nicht verstanden werden, welcher die Regierung aufforderte, endlich mit weiteren Gebietsverwerbungen aufzuhören. Die klimatischen Verhältnisse in Afrika sind durchaus günstig, wie uns Major Liebert nachgewiesen hat. Allerdings dürfen wir uns nicht verhehlen, daß unsere colonialen Thätigkeit Geld kosten wird. Umso mehr bin ich überzeugt, daß die Freisinnigen die Aufhebung der Zölle beantragen, deren Erträge wir doch nicht entbehren können. Warum haben Sie nicht in Preußen schon längst das mobile Kapital mehr zur Steuer herangezogen, wie wir es in Sachsen durch unsere muffergiltige Einkommensteuer gethan haben (Widerspruch links), durch welche das Großkapital wie jedes andere fundirte Einkommen richtig herangezogen wird? Für Herrn Bamberger treten die colonialen Fragen zurück gegenüber der großen Frage: Schutzoll oder Freihandel. Wenn er von reactionärer Zoll- und Handelspolitik gesprochen hat, so muß ich ausdrücklich feststellen, daß es ein unsterbliches Verdienst des Fürsten Bismarck ist, die neue Wirtschaftspolitik geschaffen zu haben (Widerspruch links), denn durch diese Politik allein sind wir in Stand gesetzt, die socialpolitischen Aufgaben zu lösen (Widerspruch links); ohne den Zollschutz wäre die Industrie nicht im Stande, diese Lasten zu tragen. Wenn Herr Bamberger gesagt hat, ein Reporter würde den neuesten Verfügungen Wismanns zufolge sich wohl kaum sechs Stunden in Afrika aufhalten dürfen, so wünschte ich, alle Reporter würden nach Afrika geschickt und dahin, wo der Pfeffer wächst, das wäre für uns auch für Herrn Bamberger sehr gut. (Heiterkeit rechts.) Die Anschauungen des Hrn. Bamberger werden von der Mehrheit des deutschen Volkes nicht getheilt und ich hoffe, daß der Reichstag die Regierung unterstützt und der ganzen Welt beweist, daß Deutschland keinen Schritt zurückthut. Möge der Reichstag einmüthig mit unserem kaiserlichen Herrn den Schutz der deutschen Interessen im Auge behalten. (Leb. Beifall rechts.)

Abg. Dohrn (freis.): Der Redner hat meine Ausführungen über die klimatischen Verhältnisse in Ostafrika kritisiert und gemeint, das dortige Klima könne nicht so schlecht sein, weil das gelbe Fieber nicht da wäre. Statt dessen tritt aber das Gumpffieber dort verheerend genug auf. Meine Citate waren solchen Schriftstellern entnommen, welche Ostafrika bereist haben, noch ehe von diesen Bestrebungen die Rede war. Daß jemand in wenigen Wochen sich über die dortigen Verhältnisse, noch dazu vom Schiffe aus, ein vollständig fertiges Urtheil bilden kann, wie Herr Liebert, halte ich für unmöglich. Wenn das große, mobile Kapital sich in Ostafrika nicht betheiligen will, so liegt es daran, daß es ihm an dem Vertrauen dazu fehlt. Wir freuen uns, einen Mann wie Emin Pascha im Dienste des Reiches zu sehen, und ich empfinde Genugthuung, daß auch auf der rechten Seite die Thätigkeit Emin Paschas anerkannt wird, obwohl dieser wie auch der Dr. Böhnen dem semitischen Element angehört. Es ist zu begrüßen, daß das Reich diese beiden jüdischen Männer gewonnen hat. Bieleicht wird, wenn diese ihre erfolgreiche Thätigkeit fortsetzen, das erzielt, was die Prämisse für die weitere Entwicklung ist, nämlich wirtschaftliche Leistungen an Stelle wirtschaftlicher Verschwendungen. Wenn mir der Beweis geliefert wird, daß in Afrika mehr erworben als zugeführt wird, werde ich der erste sein, der ein pater peccavi ausspricht, und werde bereit sein, diejenigen staatlichen Unternehmungen zu bewilligen, die nothwendig sind. (Beifall links.)

Abg. Hammacher (nat.-lib.) behauptet im Gegensatz zu Bamberger und Hausmann, daß das deutsche Volk ein lebhaftes Interesse an der Colonialpolitik habe. Welches Interesse das deutsche Volk für überseeische Unternehmungen hat, hat auch die Samoafrage gezeigt. Gerade die kapital- und wirtschaftlich kräftigen Elemente haben die Verpflichtung, ihre Hilfsmittel in den Dienst derjenigen Aufgaben zu stellen, die geeignet sind, den Staat zu kräftigen. Ich will nicht verkennen, daß die genialste Persönlichkeit des Fürsten Bismarck auf die Hergabe von Geldmitteln seitens mancher Banken mit eingewirkt hat. Aber ich habe doch nicht eine so niedrige Meinung von den betreffenden Personen, um mit Hrn. Bamberger die Geldzeichnungen derselben lediglich aus jervilen Anschauungen herzuweisen. Wie die Verhältnisse der ostafrikanischen Gesellschaft liegen, weiß ich nicht; ich habe mit ihr nichts zu thun. Ich weiß aber, daß in den Opfern, die gebracht sind, um die großen wirtschaftlichen Aufgaben in Ostafrika zu lösen, sich Personen betheiligen haben, die durchaus vertrauenswürdig sind, und bei denen allerdings die von Hrn. Bamberger verspottete Begeisterung vor-

handen war. Man muthet der ostafrikanischen Gesellschaft bei weitem zu viel zu, wenn man ihr nun alle Aufgaben in Ostafrika allein übertragen will. Es werden doch gerade zur Befriedigung des Schienenhandels große Aufwendungen gemacht, besondere Stationen angelegt, deren spätere Unterhaltung man doch unmöglich von der Gesellschaft verlangen darf. Auch bei den Engländern verlangt man nicht von den Privaten die Befriedigung der Kosten für den Colonialbesitz. Ich besorge aber nicht, daß die ostafrikanische Gesellschaft in der im nächsten Jahre kommenden Vorlage zu einer Reichscolonie werde umgewandelt werden. Wohl aber glaube ich, daß die Gesellschaft zu den Kosten besonders für Bekämpfung des Schienenhandels wird beitragen müssen. Ich hoffe dann wieder auf die Unterstützung des Centrums. Ich erkenne dankbar die Consequenz an, mit welcher Hr. Windthorst in Folge seiner früheren Beschlüsse für die heutige Vorlage eingetreten ist. Die Regierung wird hoffentlich seine Unterstützung auch weiter finden, wenn sie in vorsichtiger, aber entschiedener Weise die wirtschaftliche und kulturelle Mission Deutschlands in Afrika zu erfüllen beabsichtigt ist. Wir können mit unseren bisherigen Erfolgen zufrieden sein, und ich kann es nicht billigen, wenn Hr. Bamberger geringfügig von den Leistungen des Majors Wislmann im Gegensatz zu denen der Marine gesprochen hat. Flotte und Armee haben in gleicher Weise ihre Schuldigkeit gethan und wir können auf beide stolz sein.

Abg. Witter (liberal): Die Getreidepreise sind 1887 so sehr erhöht, daß sie die Industriezweige weit überwiegen. Deshalb hat die freisinnige Partei Recht, wenn sie eine Ermäßigung der Getreidepreise beantragt. Große Culturaufgaben sind noch bei uns zu lösen. Ich erinnere nur an die agrarischen Verhältnisse in Mecklenburg und Neuorpommern. Erhöhem stimme ich für die Vorlage. Ostafrika ist für die Zwecke und kräftige Entwicklung der deutschen Marine notwendig.

Abg. Kaufmann (Volksp.): Der Abg. Frege hat mir Mangel an nationalem Bewußtsein unterstellt, weil mir die württembergischen Colonialvereine nicht imponieren. Das muß ich zurückweisen. Der Colonialverein, der in meinem Bezirk besteht, vegetirt ebenfalls ein außerordentlich kümmerliches Dasein, obwohl er mit aller Macht von demjenigen betrieben wird, der ihn ins Leben gerufen hat, und der ein Pulverfabrikant ist, von dem ich deshalb vernehme, warum er sich für ostafrikanische Angelegenheiten interessiert. (Große Heiterkeit.) Hr. v. Frege hat dann darauf hingewiesen, daß wir in Folge der deutschen Auswanderung nach Amerika und in Folge der Ableitung deutscher Intelligenz von Amerika überflügelt werden. Wenn Amerika Europa überflügelt, so sehe ich den Grund dafür zum Theil in dem ganz ungeunden Uebertrieben des Militarismus, der in Deutschland herrscht (Sehr richtig! links). Während Amerika ohne diesen eisernen Panzer vorwärts schreiten kann. Wenn Amerika im Begriff ist, eine extreme Schutzpolitik einzuführen, wie die anderen Länder auch, so bedauere ich, daß wir ihnen ein schlechtes Beispiel gegeben haben. (Hoch rechts.) Das Compliment, welches Herr v. Frege dem Abg. Bamberger gemacht hat, daß seine Rede vom vorigen Montag eine geistreiche Unterhaltung gewesen sei, ein Urtheil, welches ich vollkommen unterstelle, kann ich ihm leider nicht erwidern. (Sehr gut! links.) Dem Abg. Windthorst erwidere ich, daß ich zwar auch die Verbreitung der abendländischen Cultur wünsche, daß ich auch Deutschland nicht ausgeschlossen wissen will von den Bestrebungen anderer Nationen zur Verbreitung der abendländischen Cultur, daß ich aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für solche Actionen für den richtigen halte. Die Regierung kann ja bei Abgrenzung der Interessensphären den Gesichtspunkt berücksichtigen, daß es nicht unbedingt notwendig ist, daß wir schon in dem gegenwärtigen Jahrzehnt die Aufgaben übernehmen, die außerordentliche Summen in Anspruch nehmen werden. Ich kann nicht planlos große Summen bewilligen, zumal der Hinweis auf die 200000 Mk. für die Expedition ins Innere zeigt, daß die Regierung sich nicht auf die Küsten beschränken, sondern auf Gebiete übergreifen will, die zehnmal so lang sind, wie unsere Nordküste. Demgegenüber können wir unsere Verantwortung dem Volke gegenüber nicht mit allgemeinen gemüthlichen Ideen decken. — Die Berufung auf weite Kreise des Volkes sollte man lieber unterlassen. Auch bei dem Culturkampf berief man sich auf das Gefühl großer Massen; das sollte gerade den Herren vom Centrum auch hier eine Warnung sein. Hr. Windthorst wird in fünf Jahren vielleicht sagen, daß der Standpunkt unserer Partei consequenter gewesen ist als der feine. Wir werden dann aber sagen: tua culpa, tua culpa, tua maxima culpa! (Große Heiterkeit.)

Abg. Meyer-Berlin (frei.): Was berechtigt Herrn Gammacher es auszusprechen, daß nur der Gegensatz zum früheren Reichskanzler uns zum Widerstande gegen die Colonialpolitik getrieben habe? Als Fürst Bismarck sein colonialpolitisches Programm aussprach, daß der Thätigkeit der Kaufleute der staatliche Schutz folgen sollte, haben wir zugestimmt und erst Widerspruch erhoben, als Fürst Bismarck gegen sich selbst kämpfte, als er sich majorisieren ließ und auch uns zumuthete, daß wir uns majorisieren lassen sollten. Wir sind auf unserem Standpunkt stehen geblieben. Noch vor 30 Jahren war es communis opinio aller derjenigen, welche mit Volkswirtschaft sich beschäftigen, daß die Zeit der Colonialpolitik für ewig vorüber sei. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir uns nicht um die Cultivation überseeischer Länder kümmern sollen. Das hat stattgefunden, lange ehe die Colonialpolitik anfing. Von Bremen, Hamburg und anderen Seestädten aus gingen die jungen Leute „nach drüben“, nach Amerika, Afrika, Asien u. s. w. An allen Oeständen aller Ozeane bestanden deutsche Handelsstationen. Diese Thätigkeit unserer Handelswelt hat unsere Handelsmarine gehoben, den Export weit über die Ausdehnung unserer Küsten hinaus vermehrt. Bei dieser ehe deutschen Form der Colonisation hätte man es belassen sollen. Das Großkapital erfüllt freiwillig die Mission, große Unternehmungen anzubahnen; wenn die Unternehmung glückt, wird der Kapitalist als allgemeiner Wohltäter gefeiert, wenn sie mißglückt, spricht man vom Gründungsgründer, dann erst unterstellt man die Consequenz. (Heiterkeit.) Aber das Großkapital erfüllt diese Mission nur freiwillig und läßt sich nicht dazu zwingen. Man spricht von den elementaren Kräften der Volkseele, welche die Colonisation wünsche. Früher nahmen die Sachverständigen die Sache in die Hand, jetzt die elementaren Kräfte, d. h. die nicht Sachverständigen. Die Cultivation mit Flinte und Bibel allein hilft nicht; der Handel ist der Hauptmotor dabei, und ich möchte, es wäre dabei geblieben. Wer seine Kräfte an Dinge setzt, die nach allem menschlichen Ermeßen in Zukunft keinen Vortheil abwerfen werden, handelt thöricht, weil er die Kräfte nützlichen Zwecken entzieht. (Beifall links.)

Abg. Goldschmidt (frei.): In meinen Anschauungen lasse ich mich nur von sachlichen Gründen leiten, niemals von Parteibüchlein. Ich habe früher für die Colonialpolitik gestimmt, jetzt aber dagegen, weil der Reichskanzler sagte, wir könnten nicht stehen bleiben, sondern müßten vorwärts gehen. Ich bin ein Freund der Colonien, sobald sie aus der Initiative der Bevölkerung hervorgehen, kann aber nicht die Verantwortung für die Zukunft der ostafrikanischen Colonialpolitik übernehmen.

Abg. Windthorst bemerkt dem Abg. Kaufmann, daß er die jetzige Forderung bewillige, weil sie die notwendige Consequenz früherer Bewilligungen sei. Für das Zukunftsprogramm, was die Regierung im nächsten Jahre vorlegen wolle, behalte er sich aber seine Stellung vollkommen vor.

Damit schließt die Discussion.

lung besserer Gründe seiner Rede einen antisemitischen Anstrich gegeben hat. (Sehr richtig! links.) Nachdem wir eine solche Stillbildung gehört haben, wie wir sie im Laufe der Session häufig wiederkehren hören werden, werden wir einen kleinen Abtheilung des Hauses, zu deren Ehrenmitgliedern Herr v. Frege ernannt zu werden verdient (Heiterkeit), will ich ein für alle Mal dem Herrn sagen, daß wenn er solche Vorwürfe ethischer, moralischer, patriotischer, nationaler Art gegen mich richtet, er sie nicht damit einleiten möge, daß ich nicht als Christ geboren bin, denn es giebt auch bei Nichtchristen gute Eigenschaften. Mit 30, 40 Jahren bessert sich der Charakter auch nicht. Urtheile über Mangelhaftigkeit meines Charakters möge er direct aussprechen, aber nicht in Form antisemitischer Hebeln. (Hoch rechts; Beifall links.) Wer mir etwas vorzuerwerfen hat, soll es direct thun und nicht in verblümmten Sticheleien, auf die zu antworten ich unter meiner Würde halte. (Beifall links.)

Abg. v. Frege: Ich habe durchaus keine confessionellen Gegensätze in die Debatte bringen wollen. Ich habe nur von der Kenntniß der kaufmännischen Verhältnisse gesprochen, die ich mir selbst erworben habe, und da ich zufällig keine Beziehungen zu semitischen Kaufleuten habe, sprach ich vom christlichen Kaufmann. Auch ich würde beklagen, wenn Herr Bamberger nicht mehr hier wäre, da hier der beste Boden ist, um unsere gegenseitlichen Anschauungen zur Sprache zu bringen.

Darauf wird die Position gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Demokraten, Freisinnigen und einiger Centrumsmitglieder angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung vom 12. Juni.

Das vom Herrenhause etwas veränderte Gesetz über das Notariat wird in dieser Form en bloc angenommen.

Darauf werden die Wahlen der Abgg. Biesenbach und Wenders für gültig erklärt, die Wahl des Abg. v. Selle beanstandet und verschiedene Erhebungen über die Behauptungen des Professes beantragt.

Es folgen Petitionsberatungen.

Eine Petition von Gymnasiallehrern wegen Ausbehnung des Relictengesetzes auf die städtischen Gymnasiallehrer wird der Regierung zur Berücksichtigung, eine Petition wegen Erlaß eines Dotationsgesetzes für Volksschullehrer zur Erwägung überwiesen.

Die Petition des allgemeinen deutschen Frauenvereins in Leipzig betreffend die Zulassung der Frauen zu dem ärztlichen und zum wissenschaftlichen Lehrberufe hat die Commission als ungeeignet zur Erörterung im Plenum bezeichnet.

Abg. Mikser: Der Bericht läßt garnicht erkennen, aus welchen Gründen die Petition eigentlich für ungeeignet erklärt ist, überhaupt auch nur erörtert zu werden. Die einen sagen, das Haus sei nicht kompetent, weil die Petition von Nichtpreußen herrühre, die anderen hielten sie für sachlich nicht begründet, ohne Material. Wer die Majorität gehabt, welche Gründe bestimmend gewesen sind, erzählt man aus dem Bericht nicht. Die Competenz des Hauses ist zweifellos. Dafür liegen Entscheidungen von früher vor. Was den Inhalt der Petition betrifft, so ist es erforderlich, in ruhiger sachlicher Weise darüber zu berathen und zu entscheiden, und ich würde es bedauern, wenn man heute, kurz vor Schluß der Session, vor leerem Hause eine Petition a limine zurückweist, deren Forderungen in der civilisirten Welt Anerkennung gefunden haben. In Italien — von Amerika und der Schweiz ganz abgesehen — in Frankreich, England, ja selbst in Rußland ist dies der Fall. Ich halte die Forderung der Petition bezüglich des Lehrerinnen- und Aerztinnenberufs für materiell gerechtfertigt. Näher kann ich das jetzt nicht begründen. Hoffentlich findet sich in der nächsten Session an der Hand einer Petition Gelegenheit dazu. Dann wird Zeit und Raum dafür sein, heute ist das nicht angängig und ich bitte deshalb, diesen Gegenstand heute von der Tagesordnung abzuheben.

Das Haus beschließt nach diesem Antrage.

Der Präsident giebt darauf die übliche Geschäftsübersicht. Das Haus spricht ihm seinen Dank aus und er dankt den übrigen Mitgliedern des Bureaus.

Deutschland.

Berlin, 12. Juni. Zu Ehren des Kronprinzen von Italien fand heute Abend 7 Uhr im Marischallsaale des Stadtschlosses in Potsdam bei dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold ein Familienbinnen statt. Links von der Frau Prinzessin Friedrich Leopold, welche die Mitte der Tafel einnahm, saß der Kaiser, rechts der Kronprinz von Italien. Der Prinz Ruprecht von Bayern nahm ebenfalls an Familienbinnen Theil.

Die Kaiserin befindet sich auf dem Wege der Besserung und wird in ganz kurzer Zeit vollständig wiederhergestellt sein.

Der Prinz und die Prinzessin Heinrich gedenken heute Abend Potsdam zu verlassen, um auf der Lehrbahn von hier abzureisen.

Der Kronprinz von Italien beabsichtigt morgen Abend Potsdam wieder zu verlassen, um über Frankfurt a. M. seine Rückreise fortzusetzen. In Frankfurt a. M. gedenkt derselbe einen kurzen Aufenthalt zu nehmen, um daselbst das Husarenregiment Nr. 16 zu besichtigen.

Das Gerücht, daß Prinz Albrecht von der Regentenschaft in Braunschweig zurückzutreten beabsichtige, wird vom „W. Z.“ als unbegründet bezeichnet.

In Wittenberg wird die Errichtung eines Kaiser Friedrich-Denkmal beabsichtigt; eines Theils aus Dankbarkeit für die von Kaiser Friedrich und seiner hohen Gemahlin ausgegangene Renovation der Wittenberger Schlosskirche, andererseits auch, um die dort bei Gelegenheit der Einweihung der Lutherhalle gesprochenen goldenen Worte über Gewissensfreiheit und Aufzucht zu verewigen. Bieleicht wären, bemerkt dazu die „Elb. Corr.“, weitere Kreise dafür zu interessieren! Wie schön wäre es, wenn die Berliner, denen es ja in Berlin unterliegt ist, ihrer Verehrung Ausdruck zu geben, die Wittenberger unterstützen und dadurch ermöglichen würden, ein dem Zweck entsprechendes würdiges Denkmal errichten zu können. In Wittenberg wird demnach ein Aufruf erlassen werden behufs Bildung eines Comites und es soll zu diesem Zweck auch eine Versammlung einberufen werden. In Wittenberg ist schon ein englischer Kreis einer kleiner Fonds gesammelt; auch im Nachbarreiche Herzberg-Schweinitz wird ein Comite zusammengetreten, um für das Wittenberger Denkmal zu sammeln.

Für den Posten des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt an Stelle des Grafen Bernheim dürfte nach dem „Hamburgischen Correspondenten“ der Befand in Buenos Ayres, Freiherr v. Rotenhan, in Aussicht genommen sein. Herr v. Rotenhan wird demnach auf Urlaub in Berlin eintreffen.

L. [Die Arbeiterschutzcommission] nahm § 120 der Vorlage (Besuch der Fortbildungsschulen durch Arbeiter unter 18 Jahren) mit dem Zusatz an: an Werktagen ist der Unterricht in die Arbeitszeit der jungen Leute zu legen.

Die in Christiania abgehaltene Eisenbahn-Conferenz ist Donnerstag durch Unterzeichnung der Protokolle geschlossen worden. Die nächste Konferenz findet im Frühjahr n. Js. in Hamburg statt.

Posen, 12. Juni. Die Beisehung der Gebeine des polnischen Dichters Mickiewicz auf dem Wawelsberge in Krakau soll nach erfolgter Ueberführung derselben aus Paris am 28. oder am 30. d. M. stattfinden. Zur Beisehung über eine zu veranstaltende Feier fand gestern eine von 40 Personen polnischer Nationalität besuchte Versammlung statt. Es wurde beschlossen: In der Stadt Posen ist am Tage der Beisehung ein Hauptgottesdienst mit Gedächtnisrede zu veranstalten. Es ist ein Aufruf zu erlassen, daß an sämtlichen von Polen bewohnten Kirchplätzen des preussischen Antheils ein ähnlicher Gottesdienst stattfindet. Das Mickiewicz-Denkmal neben der St. Martinskirche in Posen wird decorirt. An dem Denkmal werden die hiesigen und auswärtigen Vereine Kränze niederlegen. In Posen und in anderen Orten sind an dem Tage der Feier Vorträge über Mickiewicz zu halten. Es ist eine Deputation nach Krakau zu entsenden, welche den ganzen preussischen Antheil zu vertreten hat. Alle Deputationen, welche von einzelnen Vereinen entsendet werden, haben sich zu einer gemeinsamen Deputation zu vereinigen. Am Tage der Beisehung sollen möglichst viel Werke von Mickiewicz unter das Volk vertheilt werden. — Die Exhumierung der Gebeine des Dichters wird dessen in Paris lebender Sohn leiten. Die Kosten der Ueberführung nach Krakau und der Beisehung übernimmt die galizische Landeskasse. (P. 3.)

Kemnscheid, 12. Juni. Der Ausstand der Feilenhauer erstreckt sich auf den ganzen Stadt- und Landkreis Kempten. Der Verein der Feilenhauer, welcher 1000 Mitglieder und 700 Gehilfen zählt, hat dem Fabrikanten-Verein den Vertrag, welcher im Jahre 1887 gemeinsam zum Zwecke gütlicher Beilegung etwaiger Differenzen und zum Zwecke der Lohnfeststellung geschlossen worden war, gekündigt. Der Feilenhauer-Verein verlangt eine Lohnerhöhung von 26 Procent, welche der Fabrikanten-Verein abgelehnt hat. (W. 1.)

München, 12. Juni. Frhr. v. Luz hatte eine leibliche Nacht und mehrstündigen Schlaf ohne Morphiumeinspritzung; die Anschwellungen vermindern sich, die Athmung ist ruhiger. (W. 1.)

Deutscher Reich-Tag.

Wien, 12. Juni. Wie die „Polit. Correspondenz“ meldet, hätte das Handelsministerium die Privatbahnen aufgefördert, über den möglichen Zeitpunkt der Einführung des Kreuzerzonenariffs bis zum 15. Juli d. J. Anträge zu stellen, und die Ausfüß-Exemplare sowie die Buschblätter der Eisenbahn angewiesen, ab 1. Oktober d. J. den Kreuzerzonenariff einzuführen.

Peß, 12. Juni. Im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation erklärte der Minister des Auswärtigen, Graf Radowitz, auf Anfrage des Delegirten Falk, er habe thatsächlich von Serbien eine Note erhalten, deren Inhalt den Mittheilungen der Blätter entspreche. Der Ausschuss nahm jedoch den Dispositionsfonds an.

Die königliche Gerichtsstelle hat das zu Zemesvar in der Loko-Affäre gefällte Urtheil aufgehoben und eine erneute Verhandlung der Sache angeordnet.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Die Budgetcommission der Kammer hat mehrere von der Untercommission vorgeschlagene Zuschlagsteuern genehmigt, namentlich die Erhöhung der Steuer für mobile Werthe von 3 auf 4 Proc. Der „Temps“ und das „Journal des Debats“ sprechen sich gegen die von der Untercommission empfohlenen Anträge aus. — Obwohl die Zollcommission der Deputirtenkammer sich gegen den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Zollregimes für Tunis ausspricht, hat das Cabinet beschlossen, die Vorlage aufrecht zu erhalten und nur gewisse Abänderungen zuzulassen. (W. 1.)

Saint-Etienne, 12. Juni. Die Zahl der am Ausstände theilnehmenden Arbeiter übersteigt nunmehr 9000; 5000—6000 setzen ihre Arbeit fort. Nach einer Depesche des holländischen „Nederlands“ aus Paramaribo soll Frankreich am 3. Mai Besitz von dem streitigen Gebiet längs des Flusses Cava genommen haben.

England.

London, 12. Juni. [Unterhaus.] Der Unterstaatssekretär Ferguson erklärte, Portugal habe den gemeinschaftlichen Vorschlag Englands und der Vereinigten Staaten, die Frage der Delagoa-Eisenbahn einem Schiedsspruche zu unterbreiten, im Princip angenommen. (W. 1.)

Der Polizeichef von London, Monro, hat seine Entlassung gegeben, weil der Minister des Innern mehrere von ihm gemachte Vorschläge nicht angenommen hat.

London, 12. Juni. In einer heute Nachmittag im Carlton-Club stattgehabten und sehr zahlreich besuchten Versammlung der konservativen Partei wies Lord Salisbury auf die dringende Nothwendigkeit hin, der von der Opposition verfolgten Verschleppungstaktik entgegenzutreten, und schlug zu diesem Zweck eine Abänderung der Geschäftsordnung des Unterhauses dahin vor, daß die Gesetzentwürfe, die das Stadium der Berathung in dem Comité des Unterhauses erreicht haben, nöthigenfalls bis zur nächsten Session zur Berichterstattung zurückgestellt werden können. Lord Salisbury bemerkte gleichzeitig, die Regierung sei entschlossen, auf die Gesetzentwürfe über den Zehnten sowie über den Rückbau von Eisenbahnen in Irland und über die Entschädigung der Wirthe, denen die Lizenzen entzogen worden sind, nicht zu verzichten. Die Versammlung war mit den Vorschlägen Lord Salisburys im allgemeinen nicht einverstanden und sprach sich mehr für eine Herbstsession aus. Dem Vernehmen nach würde die Regierung die Angelegenheiten in erneuter Erwägung ziehen. (W. 1.)

Glasgow, 12. Juni. Stanley erhielt heute hier das Ehrenbürgerrecht und sprach sich in der dabei gehaltenen Rede über die Nachtheile aus, welche aus dem Zurückziehen Englands oder Deutschlands aus Afrika entstehen würden. Sollte Deutschland gezwungen sein, Afrika zu verlassen, so würde das auch für das britische Unternehmen verhängnisvoll sein. Sowohl Deutschland wie England würde es zum Vortheil gereichen, wenn beide Staaten zu einem schnellen Einvernehmen gelangen.

Rumänien.

Bukarest, 12. Juni. Gegenüber der von dem „Impul“ gebrachten Nachricht, daß die Regierung in Folge der Erhöhung des Maispreises in Frankreich die Zölle auf französische Seidenwaren und Parfümeriewaren erhöhen werde, erklärt die „Independance Roumaine“, das Ministerium habe hierüber noch keinerlei Entscheidung getroffen, möglicher Weise werde sie aber die Ermächtigung der Kammer hierzu nachsuchen. (W. 1.)

Von der Marine.

Mit großem Interesse sieht man in der Marine der Reise des Kaisers nach Norwegen entgegen, die diesmal, wie bekannt, eine Uebungsfahrt für die Manöverflotte sein wird. Der Monarch hat, wie die Münchener „Allg. Ztg.“ mittheilt, es sich vorbehalten, Art und Verlauf der Uebungen selbst zu steuern, und zwar nimmt man an, daß die Geschwader auf dem ersten Theil der Fahrt als in einem einheitlichen Flottenverband stehend gedacht werden, hauptsächlich gefechtsmäßige Evolutionen und Bewegungen ausführen. An diese mehr elementaren Uebungen werden sich dann wahrscheinlich Gefechtsübungen nach einer untergelegten Idee zwischen den beiden Geschwadern unter Zuthellung einzelner Glieder der Torpedoflotte, bezw. Verfarung des einen Geschwaders durch Kreuzer und Aviso aus dem anderen. Das erste Geschwader befehligt bekanntlich der an die Spitze der Manöverflotte gestellte Viceadmiral Deinhardt, der in sehr hohem Ansehen bei dem Kaiser steht. Das zweite, gleichfalls wie das erste aus schweren Panzern bestehende Geschwader steht unter dem Befehl des Contre-Admirals Schröder. Der Kaiser übernimmt mit der Leitung dieser Uebungen insofern keine leichte Aufgabe, als die diesjährige Manöverflotte nicht nur numerisch stärker ist als alle bisher zusammengekommenen Flottenabtheilungen, sondern weil auch die Zusammensetzung derselben nach neuen taktischen Gesichtspunkten geordnet ist. Man sieht hieraus, daß die combinatorische Anlage der diesjährigen Manöver, zu denen ja die Fahrt nach Norwegen, so zu sagen, ein einleitendes Stadium sein wird, sowohl in taktischer, als in taktischer Beziehung auf manch neue Anschauungen und Grundsätze basirt sein wird.

Am 14. Juni: Danzig, 13. Juni. M. A. 217. S. A. 330. U. S. 30. Wetterausichten für Sonnabend, 14. Juni, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Veränderlich, theils bedeckt. Strichregen, strichweise Gewitter, theils heiter. Wenig wärmer; Wind vielfach aufsteigend.

Für Sonntag, 15. Juni:

Vielfach heiter, warm, Gewitterluft; wolkg, strichweise Gewitterregen bei frischen Winden.

Für Montag, 16. Juni:

Wolkg, veränderlich, vielfach heiter; warm, schwül, dann Gewitterregen. Rühler Wind.

Für Dienstag, 17. Juni:

Bormiegend heiter, warm, windig, wolkg, vielfach Gewitterregen.

* [Ankunft der Manöverflotte.] Die zur Manöverflotte unter Vice-Admiral Deinhardt vereinigten beiden Panzergeschwader, deren Ankunft schon gestern hier erwartet wurde, sind gestern Morgens erst auf der Rade von Swinemünde eingetroffen, nachdem sie vorher bei Sankt unter Rügen manövriert hatten. Auch die Torpedobootsflotte, welche gestern vereinigt dicht vor Zoppot lag, schien dort auf ihre Ankunft zu warten. Das Eintreffen beider Geschwader in unserer Bucht steht nun für die ersten Nachmittagsstunden des heutigen Tages bestimmt in Aussicht, denn zu Nachmittags ist bereits ein Dampfer mit frischem Proviant für das Geschwader auf die Rade hinausbeordert. Wie bekannt, besteht die Manöverflotte aus den vier gepanzerten Ausfall-Corvetten „Baben“, „Bairn“, „Württemberg“ und „Oldenburg“, den vier Panzerfregatten „Raiser“, „Deutschland“, „Preußen“ und „Friedrich der Große“, und den beiden Avisos „Zieten“ und „Pell“, zusammen 84 Geschütze und ca. 4100 Mann Besatzung führend. Die gepanzerte Corvette „Srene“ ist noch nicht in den Verband des Uebungsgeschwaders eingetreten und in Kiel zurückgeblieben.

* [Reserven-Uebung.] Die Reservisten der Cavallerie (mit Ausschluß der Ulanen) im Bezirk des 17. Armee-corps werden am 1. Juli zu einer 28tägigen Uebung behufs Ausbildung mit der Lanze eingezogen.

* [Für die Wasserwehren.] Im Nogatgebiet werden gegenwärtig in der Fabrik des Herrn H. Merlen zu Strohbeich sechs fernere Stahl-Pontons mit voller Ausrüstung erbaut, welche in kurzem zur Ablieferung fertig gestellt werden sollen. Wie die „Elb. Z.“ meldet, sind ferner von dem Herrn Oberpräsidenten Mittel zur Verfügung gestellt, welche zur Abhaltung großer gemeinsamer Uebungen der Wasserwehren des Elbing-Marienburg-Niederungsgebietes erforderlich sind und von denen voraussichtlich zwei im Laufe des Sommers resp. Herbstes stattfinden sollen.

* [Ernte.] Diesjährige Kartoffeln sind in den letzten Tagen auch hier wie in Oliva, Zoppot und anderen Orten unserer Umgegend schon an den Markt gebracht worden. Die Rübenenernte soll in wenigen Tagen beginnen. Der Beginn der Roggenernte ist, sofern die Witterungsverhältnisse sich günstiger gestalten, in 14 Tagen zu erwarten. Für die Heuernte ist das gegenwärtige nasse Wetter recht fördernd, dagegen ist es den Sommerfaaten gut zu stehen gekommen.

* [Director Cabitus.] welcher unter der Direction Janfch der hiesigen Oper als erster Bariton angehört und seit mehreren Jahren die Direction des Stadttheaters zu Stettin führt, hat vom 15. September 1891 ab die Direction des Magdeburger Stadttheaters übernommen.

* [Amtsübertritt.] Dem Gerichtsassessor Chales de Beaulieu aus Danzig, z. 3. in Gleiwitz, ist behufs seiner Uebernahme in die landwirthschaftliche Verwaltung die nachgeforderte Entlassung aus dem Justizdienst erteilt worden.

* [Personalien bei der Ostbahn.] Zu Eisenbahnbau- und Betriebsinspectoren sind ernannt: der Betriebsinspector Prikel in Ansternburg, die Regierungsbaumeister Flender in Bromberg, Wiegand in Bromberg und Winde in Elbing; der Regierungsbaumeister Ritsche in Bromberg ist zum Eisenbahnbauinspector, die Stationsbibliothek Reichert in Proust und Gölz in Ansternburg zu Stationsassistenten ernannt. Der Stationsassistent Gummert in Zoppot ist als Stationsaufseher nach Langsruh und Köhler in Neu-Stettin nach Danzig Legethor versetzt.

* [Examen.] Vor einigen Tagen haben die Büchsenmacher-Aspiranten Marquart, Böttcher, Richter, Groß, Heinrich, Müller in der königl. Gewehrfabrik zu Danzig das Examen als Militär-Büchsenmacher abgelegt.

* [Turnlehrer-Befähigung.] An dem Cursus der hgl. Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin während des Winters 1889/90 haben theilgenommen und die Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichts an öffentlichen Unterrichtsanstalten erhalten die Lehrer Jahnke in Zoppot, Hoppe in Jenkau, Filarski in Graudenz, Piper in Stolp, Suchmieski in Schwedt.

[Polizeibericht vom 13. Juni.] Verhaftet: Ein Mädchen wegen Diebstahls, 2 Obdachlose. — Gestohlen: 1 Raufschloß, 1 Paletot, 1 Hut, 1 Regenschirm, 4 Mk. — Gefunden: 1 Spazierstock, 1 Haarkeite, 1 Pfandzettel, 1 Conto-Buch der neuen Sparkasse in Hamburg.

